

Art. 5. De Minister bevoegd voor de hulpverlening aan de jeugd wordt belast met de uitvoering van dit besluit.
Brussel, 14 mei 2009.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :
De Minister van Kinderwelzijn, Hulpverlening aan de Jeugd en Gezondheid,
Mevr. C. FONCK

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 3452

[2009/204279]

26. MAI 2009 — Dekret zur Schaffung des Amtes eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es :

KAPITEL I - *Allgemeine Bestimmungen*

Artikel 1 - Prinzip

Durch vorliegendes Dekret wird das Amt eines Ombudsmanns für die Deutschsprachige Gemeinschaft geschaffen.
Wird dieses Amt von einer Frau besetzt, wird diese Ombudsfrau genannt.

Artikel 2 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes versteht man unter :

1. **Verwaltungsbehörden** : Verwaltungsbehörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Sinne von Artikel 14 § 1 Absatz 1 Nummer 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insofern sie nicht über einen eigenen Ombudsmann oder -dienst verfügen;
2. **Parlament** : das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. **Präsidium** : das Präsidium des Parlaments.
4. **Kinderrechtskonvention** : Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte der Kinder, unterzeichnet am 20. November 1989 in New York;
5. **Behindertenrechtskonvention** : Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie deren Fakultativprotokoll, unterzeichnet am 20. Dezember 2006 in New York;
6. **Chancengleichheitsrichtlinien** : die Richtlinie 2000/43/EG des Rates der Europäischen Union vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, die Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf, die Richtlinie 2002/73 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen sowie die Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen.

Für die Anwendung des vorliegenden Dekretes werden die Einrichtungen, die Aufgaben im öffentlichen Interesse wahrnehmen und keine Verwaltungsbehörden im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 sind, den Verwaltungsbehörden gleichgestellt, insofern sich diese Einrichtungen dem Wirkungsbereich des Ombudsmanns der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch autonome Entscheide unterstellen.

KAPITEL II - *Aufgaben, Ziel und Arbeitsweise*

Artikel 3 - Aufgaben des Ombudsmanns

§ 1 - Der Ombudsmann hat folgende Aufgaben :

1. Beschwerden über die Arbeitsweise und die Amtshandlungen der Verwaltungsbehörden in ihren Beziehungen zu den Bürgern zu untersuchen und in den bestehenden Konflikten zu vermitteln;
2. Beschwerden, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Ombudsmanns fallen, unverzüglich an die zuständigen Instanzen weiterzuleiten;
3. auf Anfrage des Präsidiums Nachforschungen in Bezug auf die Arbeitsweise und die Amtshandlungen der von ihm bestimmten Verwaltungsbehörden durchzuführen;
4. auf Grundlage der bei der Ausführung der in den Nummern 1 und 3 erwähnten Aufgaben gemachten Feststellungen Empfehlungen abzugeben, die sich auf die Erledigung der unterbreiteten Angelegenheit, das künftige Verhalten und das anwendbare Recht beziehen können;
5. dem Parlament auf Grundlage der bei der Ausführung der in den Nummern 1 und 3 erwähnten Aufgaben gemachten Feststellungen Bericht zu erstatten über die Arbeitsweise und die Amtshandlungen der Verwaltungsbehörden und
6. die Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich tätigen Diensten aufzubauen und zu fördern.

§ 2 - Neben den in § 1 aufgeführten Aufgaben wacht der Ombudsmann über die Einhaltung :

1. der Kinderrechtskonvention,
2. der Behindertenrechtskonvention und
3. der Chancengleichheitsrichtlinien.

§ 3 - Unbeschadet § 2 ist der Ombudsmann nicht dafür zuständig Beschwerden in Bezug auf gesetzliche Bestimmungen zu behandeln.

Artikel 4 - Zielvorgaben

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben verfolgt der Ombudsmann das Ziel, zwischen den Bürgern und den Verwaltungsbehörden zu vermitteln und eine alternative Möglichkeit zur Lösung von Konflikten, zur Beilegung von Streitigkeiten und in gewissen Fällen zur Vermeidung von Gerichtsverfahren aufzuzeigen.

Artikel 5 - Arbeitsweise

Spätestens sechs Monate nach Einsetzung des ersten Ombudsmanns verabschiedet das Parlament auf dessen Vorschlag eine Geschäftsordnung, in der die interne Verfahrensweise festgelegt wird.

Die in Absatz 1 erwähnte Geschäftsordnung sowie die diesbezüglichen, vom Parlament verabschiedeten Änderungen werden im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht.

*KAPITEL III - Ernennung, Rechtsstellung und Organisation***Artikel 6 - Ernennung des Ombudsmanns**

Der Ombudsmann wird nach einem öffentlichen Bewerberaufruf und einem vergleichenden, vom Präsidium festgelegten Auswahlverfahren vom Parlament für eine Dauer von sechs Jahren, die einmal erneuert werden kann, ernannt.

Der Beschluss des Parlaments zur Ernennung des vom Präsidium vorgeschlagenen Kandidaten wird mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Hat der vom Präsidium vorgeschlagene Kandidat seinen Wohnsitz außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft, muss der Beschluss zur Ernennung mit einer Vierfünftelmehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst werden.

Artikel 7 - Ernennungsbedingungen

Zum Ombudsmann darf nur ernannt werden, wer :

1. Belgier ist;
2. gut beleumundet und im Besitz der bürgerlichen und politischen Rechte ist;
3. den Milizgesetzen genügt;
4. sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache, gute Kenntnisse der französischen Sprache und befriedigende Kenntnisse der niederländischen Sprache besitzt;
5. fundierte Kenntnisse über die Deutschsprachige Gemeinschaft und das belgische Staatsgefüge besitzt;
6. Inhaber eines Studiennachweises ist, der Zugang zu Ämtern der Stufen I oder II+ in der Parlamentsverwaltung eröffnet;
7. über eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren entweder im juristischen, administrativen oder sozialen Bereich oder in einem anderen für das Amt nützlichen Bereich verfügt.

Artikel 8 - Eid

Vor seinem Amtsantritt leistet der Ombudsmann vor dem Präsidenten des Parlaments folgenden Eid : "Ich schwöre Treue dem König, Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des belgischen Volkes."

Artikel 9 - Unvereinbarkeiten

§ 1 - Während seiner Mandatszeit darf der Ombudsmann keine der folgenden Ämter und Mandate ausüben :

1. das Amt eines Richters, Notars oder Gerichtsvollziehers;
2. den Beruf eines Rechtsanwalts;
3. die Funktion eines Dieners eines anerkannten Kultes oder das Amt eines Vertreters einer durch Gesetz anerkannten Organisation, die moralischen Beistand aufgrund einer nicht-konfessionellen Weltanschauung bietet;
4. ein durch Wahl vergebenes öffentliches Mandat;
5. ein besoldetes Amt im öffentlichen Dienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder ein von der Deutschsprachigen Gemeinschaft verliehenes öffentliches Mandat.

Der Ombudsmann darf drei Jahre nach Beendigung seines Mandats nicht für ein öffentliches Mandat kandidieren.

§ 2 - Der Ombudsmann darf weder ein öffentliches Amt noch eine andere Funktion ausüben, das beziehungsweise die die Würde seines Amtes oder die Ausübung seiner Aufgaben gefährden oder seiner Unabhängigkeit und Unparteilichkeit schaden könnte.

§ 3 - Für die Anwendung des vorliegenden Artikels werden einem durch Wahl vergebenen öffentlichen Mandat gleichgesetzt :

1. das Amt eines außerhalb des Gemeinderates ernannten Bürgermeisters;
2. das Mandat eines Verwalters in einer Einrichtung öffentlichen Interesses;
3. das Amt eines Regierungskommissars;
4. das Amt des Gouverneurs, beigeordneten Gouverneurs oder Vizegouverneurs einbezogen.

Der Inhaber eines durch Wahl vergebenen öffentlichen Mandats, der seine Ernennung zum Ombudsmann annimmt, verliert von Rechts wegen sein durch Wahl erhaltenes öffentliches Mandat.

Artikel 10 - Unabhängigkeit

Der Ombudsmann handelt bei der Erfüllung seiner Aufgaben völlig unabhängig und neutral. Er kann von seinem Mandat nicht entbunden werden für Handlungen, die er im Rahmen der Ausübungen seines Amtes vornimmt, oder Meinungen, die er im Rahmen seiner Tätigkeiten äußert.

Artikel 11 - Amtssitz und Sekretariat

Der Ombudsmann hat seinen Sitz beim Parlament.

Auf Vorschlag des Ombudsmanns legt das Präsidium den materiellen und personellen Rahmen für die Ausübung seines Amtes fest.

Artikel 12 - Amts-, Berufs- und Geschäftsgeheimnis

Der Ombudsmann und sein Sekretariat unterliegen dem Amtsgeheimnis in gleichem Maße wie die Auskunft erteilenden Mitarbeiter der Verwaltungsbehörden. Sie sind zur Verschwiegenheit über berufliche und geschäftliche Angelegenheiten verpflichtet, die gemäß ihrer Natur oder aufgrund von Rechtsvorschriften oder Weisungen geheim zu halten sind.

Artikel 13 - Ende der Tätigkeiten

§ 1 - Gemäß Artikel 6 endet das Mandat eines Ombudsmanns nach sechs Jahren, insofern es nicht verlängert wurde.

§ 2 - Das Parlament setzt dem Mandat des Ombudsmanns vorzeitig ein Ende :

1. auf sein Ersuchen,
2. wenn sein Gesundheitszustand die Ausübung seiner Aufgaben ernstlich gefährdet;
3. wenn er die in Artikel 7 angeführten Ernennungsbedingungen nicht mehr erfüllt;
4. wenn er eine der Funktionen oder eines der Ämter oder Mandate, die in Artikel 9 erwähnt sind, ausübt.

Das Parlament kann den Ombudsmann vorzeitig abberufen :

1. im Einverständnis mit dem Ombudsmann;
2. aus schwerwiegenden Gründen.

§ 3 - Beendet der amtierende Ombudsmann seine Tätigkeiten vor Ablauf seines Mandates, veröffentlicht das Parlament so schnell wie möglich einen neuen Bewerberaufruf, um schnellstmöglich einen Ombudsmann für die Fortsetzung des Mandats zu ernennen.

Das Mandat des im Rahmen dieses Paragraphen eingesetzten Ombudsmanns kann durch ein neues Mandat fortgesetzt werden.

KAPITEL IV - *Beschwerdemanagement***Artikel 14** - Einleitung des Verfahrens

Der Ombudsmann wird auf Anfrage oder aus eigener Initiative tätig.

Artikel 15 - Annehmbare Beschwerden

Der Ombudsmann befasst sich mit einer Beschwerde, wenn :

1. sie in seinen Zuständigkeitsbereich fällt;
2. sie schriftlich oder persönlich eingereicht wurde;
3. sie in deutscher oder französischer Sprache eingereicht wurde;
4. die Identität des Beschwerdeführers bekannt ist.

Der Ombudsmann kann die Behandlung einer Beschwerde verweigern, wenn :

1. sie offensichtlich unbegründet ist;
2. der Beschwerdeführer weder bestehende Einspruchsverfahren eingeleitet, noch Schritte bei der betreffenden Verwaltungsbehörde unternommen hat, um Genugtuung zu erhalten;
3. sie im Wesentlichen identisch ist mit einer Beschwerde, die der Ombudsmann bereits zurückgewiesen hat, insofern keine neuen Fakten vorliegen;
4. sie sich auf Fakten bezieht, die mehr als ein Jahr vor Einreichung der Beschwerde zurückliegen;
5. sie Bezug auf Personalfragen des Verwaltungsdienstes nimmt, in dem der Beschwerdeführer beschäftigt ist.

Artikel 16 - Zugelassene Beschwerdeführer

Ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Aufenthaltsortes und ihres Gesellschaftssitzes kann jede natürliche Person, jede juristische Person oder jede faktische Vereinigung, die ein direktes Interesse vorweisen kann, Beschwerden beim Ombudsmann einreichen.

Die Beschwerde einer juristischen Person oder einer faktischen Vereinigung wird von einer ordnungsgemäß beauftragten natürlichen Person eingereicht.

Artikel 17 - Information der Parteien des Beschwerdeverfahrens

§ 1 - Der Ombudsmann informiert den Beschwerdeführer unverzüglich über seinen Beschluss, die Beschwerde zu bearbeiten, eine Bearbeitung zu verweigern oder sie an einen anderen Ombudsmann oder zuständigen Dienst weiterzuleiten.

Die Weigerung, eine Beschwerde zu bearbeiten, muss mit Gründen versehen sein.

Der Ombudsmann informiert die Verwaltungsbehörde über eine gegen sie gerichtete Beschwerde, die er zu untersuchen beabsichtigt.

§ 2 - Der Ombudsmann informiert den Beschwerdeführer regelmäßig über die infolge seiner Beschwerde unternommenen Schritte.

Artikel 18 - Prüfung

Der Ombudsmann prüft beanstandetes Verhalten auf Recht- und Zweckmäßigkeit, Angemessenheit, Korrektheit und Billigkeit.

Er versucht, die Standpunkte des Beschwerdeführers mit denen der betroffenen Dienste in Einklang zu bringen.

Artikel 19 - Mitwirkungspflichten der Verwaltungsbehörde

Der Ombudsmann kann den Mitarbeitern der Verwaltungsbehörden, an die er im Rahmen seines Auftrags Fragen richtet, eine angemessene zwingende Frist für die schriftliche oder mündliche Beantwortung dieser Fragen auferlegen.

Unbeschadet Artikel 15 der Verfassung und der diesbezüglichen Gesetze, Dekrete und Erlasse darf der Ombudsmann im Rahmen seiner Aufgaben ebenfalls vor Ort alle Feststellungen machen, sich alle Unterlagen aushändigen und Auskünfte geben lassen, die er für notwendig hält, und alle betroffenen Personen anhören.

Personen, die an ein Amts-, Berufs- oder Geschäftsgeheimnis gebunden sind, werden im Rahmen der von den Ombudsmännern durchgeführten Untersuchung von ihrer Geheimhaltungspflicht entbunden. Die Geheimhaltungspflicht gilt weiterhin für Informationen, die durch das Arztgeheimnis geschützt sind oder von denen die Personen in ihrer Eigenschaft als notwendige Vertrauenspersonen Kenntnis genommen haben.

Der Ombudsmann kann die Unterstützung von Sachverständigen der zuständigen Verwaltungsbehörde in Anspruch nehmen.

Artikel 20 - Umgang mit verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Elementen

§ 1 - Wenn der Ombudsmann bei der Ausübung seiner Aufgaben Fakten feststellt, bei denen es sich um disziplinarrechtliche Verstöße handelt oder die solche ernsthaft vermuten lassen, unterrichtet er die zuständigen Verwaltungsbehörden darüber.

Wenn er bei der Ausübung seiner Aufgaben Fakten feststellt, die eine Straftat darstellen, informiert er gemäß Artikel 29 des Strafprozessgesetzbuches den Prokurator des Königs darüber.

§ 2 - Das Prüfungsverfahren wird ausgesetzt, wenn der Beschwerdegrund Gegenstand eines verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Einspruchsverfahrens ist.

Die betroffene Verwaltungsbehörde und der Beschwerdeführer benachrichtigen den Ombudsmann unverzüglich über das eingereichte Einspruchsverfahren.

Der Ombudsmann informiert den Beschwerdeführer umgehend, wenn ein Prüfungsverfahren ausgesetzt wird.

§ 3 - Die Einreichung und die Bearbeitung einer Beschwerde durch den Ombudsmann haben keinerlei aussetzende oder unterbrechende Wirkung auf etwaige diesbezügliche verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Einspruchsverfahren.

Artikel 21 - Prüfungsergebnis

§ 1 - Sofern keine Einigung zwischen Beschwerdeführer und der betreffenden Verwaltungsbehörde gefunden wird, kann der Ombudsmann jede Empfehlung an den betreffenden Dienst richten, die ihm zweckdienlich scheint.

In diesem Fall informiert er den zuständigen Minister beziehungsweise die zuständige Aufsichtsinstanz darüber.

§ 2 - Die betreffende Verwaltungsbehörde informiert den Ombudsmann, inwiefern seiner Empfehlung Folge geleistet wurde.

Berücksichtigt die betreffende Verwaltungsbehörde die Empfehlung des Ombudsmanns nicht, teilt sie ihm dies in einem begründeten Schreiben mit.

Artikel 22 - Unentgeltlichkeit

Die Leistungen des Ombudsmanns sind für den Beschwerdeführer kostenfrei.

KAPITEL V - *Berichterstattung im Parlament*

Artikel 23 - Jährlicher Bericht

Der Ombudsmann richtet jährlich spätestens am 31. März einen Bericht in Bezug auf seine Tätigkeiten des Vorjahres an das Parlament. Außerdem kann er, wenn er es für zweckdienlich hält, dem Parlament Zwischenberichte vorlegen.

Die Berichte umfassen die vom Ombudsmann ausgesprochenen Empfehlungen und weisen auf eventuelle, bei der Ausübung seiner Aufgaben aufgetretene Schwierigkeiten hin.

Die Identität der Beschwerdeführer und der Personalmitglieder der betreffenden Verwaltungsbehörde darf in diesen Berichten nicht angegeben werden.

Die Berichte werden vom Parlament veröffentlicht.

Der Ombudsmann kann jederzeit entweder auf seinen Antrag hin oder auf Ersuchen des Parlaments vom Parlament angehört werden.

KAPITEL VI - *Finanzierung*

Artikel 24 - Vergütung des Ombudsmanns

Das Präsidium legt die Art und die Höhe der Entschädigung des Ombudsmanns sowie die entsprechenden Auszahlungsmodalitäten fest.

Der Ombudsmann kann auf die in Absatz 1 vorgesehenen Entschädigungen während des Zeitraums verzichten, für den er eine Verzichtserklärung beim Generalsekretär des Parlaments hinterlegt hat.

Artikel 25 - Zur Verfügung gestellte Finanzmittel

Das Parlament verabschiedet jährlich auf Vorschlag des Ombudsmanns den Haushaltsplan und die Rechnungslegung seines Dienstes. Entsprechende Mittel werden im Ausgabenhaushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen.

Der Ombudsmann legt dem Rechnungshof seine Konten zur Überprüfung vor.

KAPITEL VII - *Schlussbestimmungen*

Artikel 26 - Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 26. Mai 2009

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—
Note

Sitzungsperiode 2008-2009

Nummerierte Dokumente : 163 (2008-2009) Nr. 1 Dekretvorschlag

Ausführlicher Bericht : 26. Mai 2009- Nr. 15 (2008-2009) Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2009 — 3452

[2009/204279]

26 MAI 2009. — Décret instituant la fonction de médiateur pour la Communauté germanophone

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Dispositions générales***Article 1^{er}** - Principe

Le présent décret institue la fonction de médiateur pour la Communauté germanophone.

Si la fonction est occupée par une femme, elle sera appelée médiatrice.

Article 2 - Définitions

Pour l'application du présent décret on entend par :

1^o autorités administratives : les autorités administratives de la Communauté germanophone au sens de l'article 14, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat pour autant qu'elles ne disposent pas déjà de leur propre ombudsman ou service assimilé;

2^o Parlement : le Parlement de la Communauté germanophone;

3^o Bureau : le Bureau du Parlement.

4^o Convention relative aux droits de l'enfant : la Convention des Nations unies relative aux droits de l'enfant, adoptée à New York le 20 novembre 1989;

5^o Convention relative aux droits des personnes handicapées : la Convention des Nations unies relative aux droits des personnes handicapées et le protocole facultatif, adoptés à New York le 13 décembre 2006;

6^o directives Egalité des chances : la directive 2000/43/CE du Conseil de l'Union européenne du 29 juin 2000 relative à la mise en œuvre du principe de l'égalité de traitement entre les personnes sans distinction de race ou d'origine ethnique, la directive 2000/78/CE du Conseil du 27 novembre 2000 portant création d'un cadre général en faveur de l'égalité de traitement en matière d'emploi et de travail, la directive 2002/73 du Parlement européen et du Conseil du 23 septembre 2002 modifiant la directive 76/207/CEE du Conseil relative à la mise en œuvre du principe de l'égalité de traitement entre hommes et femmes en ce qui concerne l'accès à l'emploi, à la formation et à la promotion professionnelles, et les conditions de travail ainsi que la directive 2004/113/CE du Conseil du 13 décembre 2004 mettant en œuvre le principe de l'égalité de traitement entre les femmes et les hommes dans l'accès à des biens et services et la fourniture de biens et services.

Aux fins du présent décret, les institutions qui assurent des tâches d'intérêt public mais ne sont pas des autorités administratives au sens de l'alinéa 1^{er}, 1^o, sont assimilées aux autorités administratives pour autant que ces institutions se soumettent par décision autonome au champ d'action du médiateur pour la Communauté germanophone.

CHAPITRE II. — *Tâches, objectif et méthode de travail***Article 3** - Tâches du médiateur§ 1^{er} - Le médiateur :

1^o examine les réclamations quant au fonctionnement et aux actes administratifs des autorités administratives dans leurs rapports avec les citoyens et joue le rôle de conciliateur dans les conflits existants;

2^o transmet sans attendre aux instances compétentes les réclamations qui ne sont pas de son ressort;

3^o examine à la demande du Bureau le fonctionnement et les actes administratifs des autorités administratives que ce dernier désigne;

4^o formule, sur la base des constats effectués lors de l'exercice de ses tâches mentionnées aux points 1^o et 3^o, des recommandations qui peuvent viser le règlement du dossier soumis, le comportement à adopter dans le futur et le droit applicable;

5^o informe, sur la base des constats effectués lors de l'exercice de ses tâches mentionnées aux points 1^o et 3^o, le Parlement sur le fonctionnement et les actes administratifs des autorités administratives

6^o développe et stimule la collaboration avec d'autres services actifs dans ce domaine.

§ 2 - Outre les tâches visées au paragraphe premier, le médiateur surveille le respect :

1^o de la Convention relative aux droits de l'enfant;

2^o de la Convention relative aux droits des personnes handicapées et

3^o des directives Égalité des chances.

§ 3 - Sans préjudice du § 2, le médiateur n'est pas compétent pour traiter les réclamations relatives à des dispositions légales.

Article 4 - Objectif

Dans l'exercice de ses fonctions, le médiateur a pour objectif de concilier les points de vue des citoyens et des autorités administratives et de trouver une solution alternative pour résoudre les conflits, pour régler les différends et, dans certains cas, pour éviter des procédures judiciaires.

Article 5 - Méthode de travail

Au plus tard six mois après l'installation du premier médiateur, le Parlement approuve, sur sa proposition, un règlement d'ordre intérieur qui détermine les modalités de fonctionnement interne de son service.

Le règlement d'ordre intérieur visé à l'alinéa premier ainsi que ses modifications votées par le Parlement sont publiés au *Moniteur belge*.

CHAPITRE III. — *Nomination, statut et organisation***Article 6** - Nomination du médiateur

Le médiateur est nommé après un appel public aux candidats et une procédure de sélection comparative fixée par le Bureau. Il est nommé par le Parlement pour une période de six ans, renouvelable une fois.

Le Parlement prend la décision de nommer le candidat proposé par le Bureau avec une majorité de deux tiers des suffrages émis. Si le candidat proposé par le Bureau est domicilié en dehors du territoire de la Communauté germanophone, la décision de nomination doit être prise avec une majorité de quatre cinquièmes des suffrages émis.

Article 7 - Conditions de nomination

Pour pouvoir être nommé, le médiateur doit :

- 1° être Belge;
- 2° être d'une conduite irréprochable et jouir des droits civils et politiques;
- 3° satisfaire aux lois sur la milice;
- 4° avoir une excellente maîtrise de la langue allemande, une bonne maîtrise de la langue française et une maîtrise satisfaisante de la langue néerlandaise;
- 5° disposer de connaissances solides quant à la Communauté germanophone et la structure de l'État belge;
- 6° être porteur d'un certificat d'études donnant accès aux fonctions du niveau I ou II+ au sein de l'administration du Parlement;
- 7° justifier d'une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans dans le domaine juridique, administratif ou social ou dans un autre domaine utile à la fonction.

Article 8 - Prestation de serment

Avant son entrée en fonction, le médiateur prête, entre les mains du Président du Parlement, le serment suivant :
« Je jure fidélité au Roi, obéissance à la Constitution et aux lois du peuple belge. »

Article 9 - Incompatibilités

§ 1^{er} - Pendant la durée de son mandat, le médiateur ne peut être titulaire des fonctions ou mandats suivants :

- 1° la fonction de juge, de notaire ou d'huissier de justice;
- 2° la profession d'avocat;
- 3° la fonction de ministre d'un culte reconnu ou la fonction de délégué d'une organisation reconnue par la loi qui offre une assistance morale selon une conception philosophique non confessionnelle;
- 4° un mandat public conféré par élection;
- 5° une fonction rémunérée dans la fonction publique de la Communauté germanophone ou un mandat public conféré par la Communauté germanophone.

Le médiateur ne peut être candidat à une fonction publique pendant une durée de trois ans après la fin de son mandat de médiateur.

§ 2 - Le médiateur ne peut exercer aucune fonction publique ou autre qui puisse compromettre la dignité de sa fonction ou le bon exercice de sa mission ou qui puisse porter atteinte à son indépendance et à son impartialité.

§ 3 - Sont assimilés à un mandat public conféré par élection pour l'application du présent article :

- 1° la fonction de bourgmestre nommé en dehors du conseil communal;
- 2° le mandat d'administrateur auprès d'un organisme d'intérêt public;
- 3° la fonction de commissaire du Gouvernement;
- 4° la fonction de gouverneur, y compris celle de gouverneur adjoint ou de vice-gouverneur.

Le titulaire d'un mandat public conféré par élection qui accepte sa nomination en qualité de médiateur est démis de plein droit de son mandat électif public.

Article 10 - Indépendance

Dans l'exercice de ses fonctions, le médiateur agit en toute indépendance et neutralité. Il ne peut pas être relevé de son mandat à raison d'actes posés dans le cadre de l'exercice de sa fonction ni d'opinions qu'il émet dans le cadre de ses activités.

Article 11 - Résidence administrative et secrétariat

Le médiateur a sa résidence administrative au Parlement.

Le cadre matériel et le cadre du personnel nécessaires à l'exercice de sa fonction sont arrêtés par le Bureau sur proposition du médiateur.

Article 12 - Secret de fonction, secret professionnel et secret d'affaires

Le médiateur et son secrétariat sont soumis au secret de fonction dans la même mesure que les collaborateurs des autorités administratives qui lui fournissent des informations. Ils sont tenus de respecter le secret professionnel et le secret d'affaires sur tout fait confidentiel par nature ou en vertu de dispositions légales ou d'instructions.

Article 13 - Fin des activités

§ 1^{er} - Conformément à l'article 6, le mandat du médiateur prend fin après six ans, dans la mesure où il n'a pas été prolongé.

§ 2 - Le Parlement met prématurément fin au mandat du médiateur :

- 1° à sa demande;
- 2° lorsque son état de santé compromet gravement l'exercice de ses fonctions;
- 3° lorsqu'il ne remplit plus les conditions de nomination mentionnées à l'article 7;
- 4° lorsqu'il exerce l'une des fonctions ou l'un des mandats cités à l'article 9.

Le Parlement peut révoquer le médiateur :

- 1° de commun accord avec lui;
- 2° pour motif grave.

§ 3 - Lorsque le médiateur en fonction met fin à ses activités avant la fin de son mandat, le Parlement publie dans les plus brefs délais un nouvel appel aux candidats dans le but de nommer, le plus rapidement possible, un médiateur qui poursuivra le mandat.

Le mandat du médiateur nommé dans le cadre du présent paragraphe peut être suivi d'un nouveau mandat.

CHAPITRE IV. — *Gestion des réclamations***Article 14** - Ouverture de la procédure

Le médiateur agit sur requête ou à sa propre initiative.

Article 15 - Recevabilité d'une réclamation

Le médiateur accepte de traiter une réclamation :

- 1° lorsqu'elle relève de ses compétences;
- 2° lorsqu'elle est introduite par écrit ou en personne;
- 3° lorsqu'elle est introduite en allemand ou en français;
- 4° lorsque l'identité du réclamant est connue.

Le médiateur peut refuser de traiter une réclamation :

- 1° lorsqu'elle est manifestement non fondée;
- 2° lorsque le réclamant n'a ni exercé des recours existants ni accompli de démarche auprès de l'autorité administrative concernée pour obtenir satisfaction;
- 3° lorsqu'elle est essentiellement identique à une réclamation que le médiateur a déjà refusé de traiter, dans la mesure où de nouveaux faits n'aient pas été versés au dossier;
- 4° lorsqu'elle vise des faits qui remontent à plus d'un an avant l'introduction de la réclamation;
- 5° lorsqu'elle vise des questions relatives au personnel du service administratif dans lequel le réclamant travaille.

Article 16 - Réclamants autorisés

Quels que soient sa nationalité, son lieu de résidence et son siège, toute personne physique ou morale et toute association de fait pouvant prouver un intérêt direct peut introduire une réclamation auprès du médiateur.

Dans le cas d'une personne morale ou d'une association de fait, la réclamation est introduite par une personne physique dûment mandatée.

Article 17 - Information des parties concernées

§ 1^{er} - Le médiateur informe sans tarder le réclamant de sa décision de traiter ou non la réclamation ou de la transmettre à un autre médiateur ou service compétent.

Le refus de traiter une réclamation doit être motivé.

Le médiateur informe l'autorité administrative concernée qu'une réclamation a été introduite à son encontre et qu'il compte l'instruire.

§ 2 - Le médiateur informe régulièrement le réclamant des mesures prises à la suite de sa réclamation.

Article 18 - Vérification

Le médiateur vérifie le comportement incriminé quant à sa légalité, son caractère raisonnable et opportun, sa correction et son équité.

Il s'efforce de concilier les points de vue du réclamant et du service concerné.

Article 19 - Collaboration obligatoire des autorités administratives

Le médiateur peut imposer aux collaborateurs des autorités administratives qu'il interroge dans le cadre de sa mission un délai contraignant raisonnable pour fournir des réponses orales ou écrites à ses questions.

Sans préjudice de l'article 15 de la Constitution et des lois, décrets et arrêtés y afférents, le médiateur peut, dans le cadre de sa mission, également procéder à toute constatation sur place et se faire remettre tous les documents et tous les renseignements qu'il estime nécessaires et entendre toutes les personnes concernées.

Les personnes liées par le secret de fonction, le secret professionnel ou le secret d'affaires, sont relevées de leur obligation de garder le secret dans le cadre de l'enquête menée par les médiateurs. L'obligation de secret est cependant maintenue pour les informations protégées par le secret médical ou pour des informations dont les personnes concernées ont pris connaissance en leur qualité de personne de confiance indispensable.

Le médiateur peut se faire assister par des experts de l'autorité administrative compétente.

Article 20 - Approche d'éléments administratifs ou judiciaires

§ 1^{er} - Si, dans l'exercice de ses fonctions, le médiateur constate des faits constitutifs d'infractions disciplinaires ou laissant supposer de telles infractions, il en avertit les autorités administrative compétentes.

Si, dans l'exercice de ses fonctions, le médiateur constate des faits constituant un délit, il en informe le procureur du Roi, conformément à l'article 29 du Code d'instruction criminelle.

§ 2 - L'examen d'une réclamation est suspendu lorsque le grief fait l'objet d'un recours administratif ou judiciaire.

L'autorité administrative concernée et le réclamant informent sans attendre le médiateur lorsqu'un recours est introduit.

Le médiateur informe sans attendre le réclamant lorsque l'examen de la réclamation est suspendu.

§ 3 - L'introduction d'une réclamation auprès du médiateur et son traitement par celui-ci ne suspendent en rien d'éventuels recours administratifs ou judiciaires.

Article 21 - Résultats de l'examen

§ 1^{er} - Si une conciliation entre le réclamant et l'autorité administrative concernée s'avère impossible, le médiateur peut adresser au service concerné toute recommandation qui lui semble utile.

Il en informe dans ce cas le ministre compétent ou l'instance de tutelle compétente.

§ 2 - L'autorité administrative concernée informe le médiateur de la suite donnée à sa recommandation.

Si l'autorité administrative concernée ne tient pas compte de la recommandation du médiateur, elle l'en informe par écrit et de façon motivée.

Article 22 - Gratuité

Le médiateur fournit ses prestations gratuitement pour le réclamant.

CHAPITRE V. — *Rapport au parlement***Article 23** - Rapport annuel

Pour le 31 mars de chaque année au plus tard, le médiateur adresse au Parlement un rapport d'activités portant sur l'année précédente. Il peut, en outre, soumettre au Parlement des rapports intermédiaires s'il l'estime utile.

Les rapports contiennent les recommandations formulées par le médiateur et exposent les éventuelles difficultés qu'il a rencontrées dans l'exercice de ses fonctions.

L'identité des réclamants et des membres du personnel des autorités administratives concernées ne peut être mentionnée dans ces rapports.

Les rapports sont rendus publics par le Parlement.

Le médiateur peut à tout moment être entendu par le Parlement, à sa demande ou à la demande du Parlement.

CHAPITRE VI. — *Financement***Article 24** - Rémunération du médiateur

Le Bureau détermine le type et le montant de l'indemnisation du médiateur ainsi que les modalités de liquidation y afférentes.

Le médiateur peut renoncer à l'indemnisation prévue à l'alinéa premier durant la période pour laquelle il a remis une déclaration de renonciation au greffier du Parlement.

Article 25 - Moyens financiers mis à disposition

Le budget et la reddition des comptes du service du médiateur sont adoptés chaque année par le Parlement sur proposition du médiateur. Les moyens correspondants sont inscrits au budget des dépenses de la Communauté germanophone.

Le médiateur soumet ses comptes à la Cour des comptes.

CHAPITRE VII. — *Dispositions finales***Article 26** - Entrée en vigueur

Le présent décret entre en vigueur le jour de son adoption.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 mai 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Vice-ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, des Monuments et Sites, de la Jeunesse et des Sports

—
Note

Session 2008-2009

Documents parlementaires : 163 (2008-2009) N° 1. Proposition de décret.

Compte rendu intégral : 26 mai 2009- N° 15 (2008-2009). Discussion et vote.

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 3452

[2009/204279]

26 MEI 2009. — Decreet tot instelling van het ambt van ombudsman voor de Duitstalige Gemeenschap

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen***Artikel 1** - Principe

Met dit decreet wordt het ambt van ombudsman voor de Duitstalige Gemeenschap ingesteld.

Indien dit ambt door een vrouw wordt uitgeoefend, wordt zij ombudsvrouw genoemd.

Artikel 2 - Definities

Voor de toepassing van dit decreet verstaat men onder :

1° administratieve overheden : de administratieve overheden van de Duitstalige Gemeenschap in de zin van artikel 14, § 1, eerste lid, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State, voor zover zij niet over een eigen ombudsman of -dienst beschikken;

2° Parlement : het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap;

3° Bureau : het Bureau van het Parlement;

4° Conventie voor de Rechten van het Kind : het Verdrag van de Verenigde Naties inzake de rechten van het kind, opgesteld te New York op 20 november 1989;

5° Conventie voor de Rechten van Gehandicapten : het Verdrag van de Verenigde Naties betreffende de rechten van mensen met een handicap en het facultatief protocol, opgesteld in New York op 20 december 2006;

6° richtlijnen inzake gelijke kansen : de Richtlijn 2000/43/EG van de Raad van de Europese Unie van 29 juni 2000 houdende toepassing van het beginsel van gelijke behandeling van personen ongeacht ras of etnische afstamming, de Richtlijn 2000/78/EG van de Raad van 27 november 2000 tot instelling van een algemeen kader voor gelijke behandeling in arbeid en beroep, de Richtlijn 2002/73/EG van het Europees Parlement en de Raad van 23 september 2002 tot wijziging van Richtlijn 76/207/EEG van de Raad betreffende de tenuitvoerlegging van het beginsel van gelijke behandeling van mannen en vrouwen ten aanzien van de toegang tot het arbeidsproces, de beroepsopleiding en de promotiekansen, en ten aanzien van de arbeidsvoorwaarden evenals de Richtlijn 2004/113/EG van de Raad van 13 december 2004 houdende toepassing van het beginsel van gelijke behandeling van mannen en vrouwen bij de toegang tot en het aanbod van goederen en diensten.

Organismen die taken van openbaar nut waarnemen, echter geen administratieve overheden in de zin van het eerste lid, 1°, zijn, worden voor de toepassing van voorliggend decreet met administratieve overheden gelijkgesteld, voor zover zij op grond van autonome beslissingen onder het werkingsgebied van de ombudsman voor de Duitstalige Gemeenschap vallen.

HOOFDSTUK II. — *Taken, doelstelling en werking*

Artikel 3 - Taken van de ombudsman

§ 1 - De ombudsman vervult volgende taken :

1° klachten over de werking en de bestuurshandelingen van de administratieve overheden in hun betrekkingen met de burgers onderzoeken en bij bestaande conflicten bemiddelen;

2° klachten waarvoor de ombudsman niet bevoegd is, onverwijld aan de bevoegde instanties doorzenden;

3° op verzoek van het Bureau een onderzoek verrichten naar de werking en de bestuurshandelingen van de door het Bureau aangewezen administratieve overheden;

4° op grond van de vaststellingen, gedaan in uitvoering van de onder de punten 1 en 3 vermelde taken, adviezen verstrekken die op de afhandeling van de hem voorgelegde aangelegenheid, de toekomstige handelwijze en het toepasbare recht betrekking kunnen hebben;

5° op grond van de vaststellingen, gedaan in uitvoering van de onder de punten 1 en 3 vermelde taken, bij het Parlement verslag uitbrengen over de werking en de bestuurshandelingen van de administratieve overheden;

6° de samenwerking met andere op dit vlak werkzame diensten uitbouwen en bevorderen.

§ 2 - Naast de in § 1 opgesomde taken waakt de ombudsman over de naleving van :

1° de Conventie voor de Rechten van het Kind,

2° de Conventie voor de Rechten van Gehandicapten,

3° de richtlijnen inzake gelijke kansen.

§ 3 - Onverminderd § 2 is de ombudsman niet bevoegd, om klachten inzake wettelijke bepalingen te behandelen.

Artikel 4 - Vooropgesteld doel

Bij de vervulling van zijn taken streeft de ombudsman ernaar, tussen de burgers en de administratieve overheden te bemiddelen en een alternatieve mogelijkheid voor de oplossing van conflicten, het bijleggen van geschillen en, in bepaalde gevallen, het vermijden van gerechtelijke procedures te vinden.

Artikel 5 - Werking

Ten laatste zes maanden na de aanstelling van de eerste ombudsman keurt het Parlement op diens voorstel een huishoudelijk reglement goed waarin de interne werking vastgelegd wordt.

Het in het eerste lid vermelde huishoudelijk reglement evenals de door het Parlement aangenomen wijzigingen ervan worden in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt.

HOOFDSTUK III. — *Benoeming, rechtspositie en organisatie*

Artikel 6 - Benoeming van de ombudsman

De ombudsman wordt na een openbare oproep tot kandidaatstelling en een vergelijkende, door het Bureau bepaalde selectieprocedure voor een termijn van zes jaar door het Parlement benoemd. Deze termijn kan één keer worden verlengd.

De beslissing van het Parlement tot benoeming van de door het Bureau voorgestelde kandidaat wordt met een meerderheid van twee derden van de uitgebrachte stemmen genomen. Indien de door het Bureau voorgestelde kandidaat zijn woonplaats buiten de Duitstalige Gemeenschap heeft, moet de beslissing tot benoeming met een meerderheid van vier vijfden van de uitgebrachte stemmen worden genomen.

Artikel 7 - Benoemingsvoorwaarden

Tot ombudsman mag enkel worden benoemd, hij of zij die :

1° Belg is;

2° van onberispelijk gedrag is en de burgerlijke en politieke rechten geniet;

3° aan de dienstplichtwetten voldoet;

4° een zeer goede kennis van de Duitse taal, een goede kennis van de Franse taal en een voldoende kennis van de Nederlandse taal bezit;

5° een grondige kennis van de Duitstalige Gemeenschap en het Belgisch staatsbestel bezit;

6° houder is van een studiegetuigschrift dat toegang verleent tot de ambten van de niveaus I of II+ bij de administratie van het Parlement;

7° over een nuttige beroepservaring van ten minste vijf jaar op juridisch, administratief of sociaal vlak of op een ander voor het ambt nuttig vlak beschikt.

Artikel 8 - Eedaflegging

Voordat hij in functie treedt, legt de ombudsman de volgende eed af in de handen van de voorzitter van het Parlement : "Ik zweer getrouwheid aan de Koning, gehoorzaamheid aan de Grondwet en aan de wetten van het Belgische volk."

Artikel 9 - Onverenigbaarheden

§ 1 - Tijdens de duur van zijn mandaat mag de ombudsman geen van de volgende ambten of mandaten uitoefenen :

1° het ambt van rechter, notaris of gerechtsdeurwaarder;

2° het beroep van advocaat;

3° de functie van bedienaar van een erkende eredienst of het ambt van vertegenwoordiger van een bij wet erkende organisatie die morele bijstand volgens een niet-confessionele wereldbeschouwing verleent;

4° een bij verkiezing verleend openbaar mandaat;

5° een bezoldigd ambt in het openbaar ambt van de Duitstalige Gemeenschap of een door de Duitstalige Gemeenschap verleend openbaar mandaat.

De ombudsman mag zich gedurende drie jaar na de beëindiging van zijn mandaat niet voor een openbaar mandaat kandidaat stellen.

§ 2 - De ombudsman mag noch een openbaar ambt, noch een andere functie uitoefenen dat respectievelijk die de waardigheid van zijn ambt of de uitoefening van zijn taken in gevaar zou kunnen brengen of zijn onafhankelijkheid en onpartijdigheid zou kunnen schaden.

§ 3 - Voor de toepassing van dit artikel worden met een bij verkiezing verleend openbaar mandaat gelijkgesteld :

1° het ambt van een buiten de gemeenteraad benoemde burgemeester;

2° het mandaat van bestuurder van een organisme van openbaar nut;

3° het ambt van regeringscommissaris;

4° het ambt van gouverneur, met inbegrip van adjunct van de gouverneur of vice-gouverneur.

De houder van een bij verkiezing verleend openbaar mandaat die zijn benoeming tot ombudsman aanvaardt, verliest van rechtswege zijn bij verkiezing verkregen openbaar mandaat.

Artikel 10 - Onafhankelijkheid

De ombudsman handelt bij de vervulling van zijn taken volledig onafhankelijk en neutraal. Hij kan van zijn mandaat niet ontheven worden voor handelingen die hij in het kader van de uitoefening van zijn ambt verricht of meningen die hij in het kader van zijn werkzaamheden uit.

Artikel 11 - Administratieve standplaats en secretariaat

De ombudsman heeft zijn administratieve standplaats bij het Parlement.

Op voorstel van de ombudsman bepaalt het Bureau het materiële en personeelskader voor de uitoefening van het ambt.

Artikel 12 - Ambts-, beroeps- en zakengeheim

De ombudsman en zijn secretariaat zijn onderworpen aan het ambtsgeheim in dezelfde mate als de medewerkers van de administratieve overheden die informatie verstrekken. Ze zijn verplicht tot geheimhouding over beroeps- en zakelijke aangelegenheden die naar hun aard of krachtens de wetgeving of instructies geheim moeten worden gehouden.

Artikel 13 - Einde van de werkzaamheden

§ 1 - Krachtens artikel 6 eindigt het mandaat van de ombudsman na zes jaar, voor zover het niet verlengd werd.

§ 2 - Het Parlement beëindigt voortijdig het mandaat van de ombudsman in de volgende gevallen :

1° op zijn verzoek;

2° wanneer zijn gezondheidstoestand de uitoefening van zijn taken ernstig in gevaar brengt;

3° wanneer hij niet meer aan de in artikel 7 vermelde benoemingsvoorwaarden voldoet;

4° wanneer hij één van de functies of één van de ambten of mandaten vermeld in artikel 9 uitoefent.

Het Parlement kan de ombudsman voortijdig ontslaan :

1° in onderlinge overeenstemming met hem;

2° om gewichtige redenen.

§ 3 - Indien de in ambt zijnde ombudsman zijn werkzaamheden vóór het verstrijken van zijn mandaat beëindigt, maakt het Parlement zo snel mogelijk een nieuwe oproep tot kandidaatstelling bekend, om zo snel mogelijk een ombudsman voor de voortzetting van het mandaat te benoemen.

Het mandaat van de in het kader van deze paragraaf aangestelde ombudsman kan door middel van een nieuw mandaat worden voortgezet.

HOOFDSTUK IV. — Behandeling van klachten**Artikel 14 - Inleiding van de procedure**

De ombudsman treedt op verzoek of op eigen initiatief op.

Artikel 15 - Toelaatbare klachten

De ombudsman neemt een klacht in behandeling, wanneer :

1° hij ervoor bevoegd is;

2° ze schriftelijk of persoonlijk werd ingediend;

3° ze in het Duits of het Frans werd ingediend;

4° de identiteit van de eiser bekend is.

De ombudsman kan de behandeling van een klacht weigeren, wanneer :

- 1° ze kennelijk ongegrond is;
- 2° de eiser geen bestaande beroepsprocedure gestart heeft en geen stappen bij de betrokken administratieve overheid heeft ondernomen om genoegdoening te krijgen;
- 3° ze in essentie identiek is met een klacht die de ombudsman reeds heeft afgewezen, voor zover geen nieuwe feiten aanwezig zijn;
- 4° ze betrekking heeft op feiten die meer dan één jaar vóór de indiening van de klacht hebben plaatsgevonden;
- 5° ze betrekking heeft op personeelsaangelegenheden van de administratieve dienst waar de eiser werkzaam is.

Artikel 16 - Toegelaten eisers

Ongeacht hun nationaliteit, hun verblijfplaats en hun maatschappelijke zetel kan elke natuurlijke persoon, elke rechtspersoon of elke feitelijke vereniging die een rechtstreeks belang kan aantonen, bij de ombudsman klachten indienen.

De klacht van een rechtspersoon of van een feitelijke vereniging wordt door een hiertoe behoorlijk gemandateerde natuurlijke persoon ingediend.

Artikel 17 - Informatie van de partijen

§ 1 - De ombudsman informeert de eiser onverwijld over zijn beslissing, de klacht al dan niet te behandelen, of over het doorsturen ervan naar een andere ombudsman of bevoegde dienst.

De weigering een klacht te behandelen moet met redenen omkleed zijn.

De ombudsman informeert de administratieve overheid over een tegen haar gericht klacht, waarvan hij voornemens is ze te onderzoeken.

§ 2 - De ombudsman informeert de eiser regelmatig over de als gevolg van zijn klacht ondernomen stappen.

Artikel 18 - Onderzoek

De ombudsman onderzoekt de recht- en doelmatigheid, redelijkheid, correctheid en billijkheid van de aangevochten handelwijze.

Hij probeert de standpunten van de eiser met die van de betrokken diensten met elkaar in overeenstemming te brengen.

Artikel 19 - Verplichting tot medewerking van de administratieve overheid

De ombudsman kan aan de medewerkers van de administratieve overheden tot wie hij in het kader van zijn opdracht vragen richt, een passende verplichte termijn voor de schriftelijke of mondelinge beantwoording van die vragen opleggen.

Onverminderd artikel 15 van de Grondwet en de relevante wetten, decreten en besluiten mag de ombudsman in het kader van zijn taken eveneens ter plaatse alle vaststellingen doen, zich alle documenten laten overhandigen en inlichtingen laten verstrekken die hij noodzakelijk acht, en alle betrokken personen horen.

Personen die door een ambts-, beroeps- of zakengeheim gebonden zijn, worden in het kader van het door de ombudsman gevoerde onderzoek van hun geheimhoudingsplicht ontheven. De geheimhoudingsplicht blijft gelden voor inlichtingen die door het medisch geheim beschermd zijn of waarvan de personen in hun hoedanigheid als noodzakelijke vertrouwenspersoon kennis genomen hebben.

De ombudsman kan een beroep doen op de bijstand van deskundigen van de bevoegde administratieve overheid.

Artikel 20 - Omgang met administratieve of gerechtelijke feiten

§ 1 - Indien de ombudsman bij de uitoefening van zijn taken feiten vaststelt die tuchtrechtelijke overtredingen vormen of op zulke overtredingen wijzen, informeert hij de bevoegde administratieve overheden hierover.

Indien hij bij de uitoefening van zijn taken feiten vaststelt die een misdrijf vormen, informeert hij hierover de Procureur des Konings krachtens artikel 29 van het Wetboek van Strafvordering.

§ 2 - De onderzoeksprocedure wordt opgeschort, wanneer de grond van de klacht het voorwerp is van een administratieve of gerechtelijke beroepsprocedure.

De betrokken administratieve overheid en de eiser informeren de ombudsman onverwijld, als een beroep ingediend wordt.

De ombudsman informeert de eiser onmiddellijk, wanneer een onderzoeksprocedure wordt opgeschort.

§ 3 - De indiening en de behandeling van een klacht door de ombudsman hebben geen enkele opschortende of onderbrekende werking ten aanzien van eventuele dienovereenkomstige administratieve of gerechtelijke beroepsprocedures.

Artikel 21 - Resultaat van het onderzoek

§ 1 - Indien geen overeenstemming tussen de eiser en de betrokken administratieve overheid wordt gevonden, kan de ombudsman aan de betrokken dienst elke aanbeveling richten die hij nodig acht.

In dit geval informeert hij hierover de bevoegde minister of de bevoegde toezichthoudende instantie.

§ 2 - De betrokken administratieve overheid informeert de ombudsman in hoeverre aan zijn aanbeveling gevolg werd gegeven.

Indien de betrokken administratieve overheid met de aanbeveling van de ombudsman geen rekening houdt, deelt zij hem dit in een gemotiveerd schrijven mee.

Artikel 22 - Kosteloze dienstverlening

De prestaties van de ombudsman zijn voor de eiser gratis.

HOOFDSTUK V. — *Verslaggeving aan het parlement*

Artikel 23 - Jaarlijks verslag

Ten laatste op 31 maart van elk jaar dient de ombudsman bij het Parlement een verslag in over de werkzaamheden van het vorige jaar. Bovendien kan hij, indien hij dit nuttig vindt, tussentijdse verslagen indienen.

De verslagen bevatten de door de ombudsman geformuleerde aanbevelingen en wijzen op desgevallend bij de uitoefening van zijn taken opgetreden moeilijkheden.

De identiteit van de eisers en van de personeelsleden van de betrokken administratieve overheid mag in deze verslagen niet worden vermeld.

De verslagen worden door het Parlement bekendgemaakt.

De ombudsman kan te allen tijde, op zijn verzoek of op verzoek van het Parlement, door het Parlement worden gehoord.

HOOFDSTUK VI. — *Financiering***Artikel 24 - Vergoeding van de ombudsman**

Het Bureau bepaalt de aard en de hoogte van de vergoeding van de ombudsman evenals de bijhorende uitbetalingsmodaliteiten.

De ombudsman kan van de in het eerste lid vermelde vergoedingen afstand doen gedurende de periode waarvoor hij bij de griffier van het Parlement een verklaring van afstand heeft ingediend.

Artikel 25 - Ter beschikking gestelde financiële middelen

Het Parlement keurt jaarlijks op voorstel van de ombudsman de begroting en de rekening en verantwoording van zijn dienst goed. Dienovereenkomstige middelen worden op de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven.

De ombudsman legt zijn rekeningen aan het Rekenhof voor.

HOOFDSTUK VII. — *Slotbepalingen***Artikel 26 - Inwerkingtreding**

Voorliggend decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 26 mei 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Zaken en Toerisme

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

—
Nota

Zitting 2008-2009

Parlementaire stukken : 163 (2008-2009) Nr. 1. Voorstel van decreet.

Integraal verslag : 26 mei 2009- Nr. 15 (2008-2009). Bespreking en aanneming.

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 3453

[2009/204280]

11. JUNI 2009 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung eines Meistervolontariates in der Grundausbildung des Mittelstandes

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, Artikel 8, § 3, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2000;

Auf Grund des am 18. Februar 2009 abgegebenen Gutachtens des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministers zuständig für Finanzen vom 9. April 2009;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 5. Mai 2009;

Auf Grund des Gutachtens Nr. 46.635/2 des Staatsrates, das am 2. Juni 2009 in Anwendung von Artikel 84, § 1, Absatz 1, Nr. 1, der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Vize-Ministerpräsidenten, Ministers für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Allgemeine Bedingungen

§ 1 - Das Meistervolontariat dient zur Vorbereitung eines Volontärs auf eine selbstständige Tätigkeit oder auf eine Tätigkeit als Führungskraft in einem kleinen oder mittleren Unternehmen. Das Meistervolontariat umfasst den betrieblichen Teil einer Meisterausbildung und bereitet auf die Meisterprüfung vor.

§ 2 - Das Meistervolontariat wird auf Vermittlung des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (nachfolgend Institut genannt) zwischen einem Ausbildungsbetrieb, dem Meistervolontär als Auszubildenden und dem Institut geschlossen. Die Ausbildung des Meistervolontärs erfolgt im Rahmen der laut Artikel 8 des Dekretes über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleineren und mittleren Unternehmen vom 16. Dezember 1991 anerkannten Meisterausbildungen.

§ 3 - Dem Meistervolontariat liegt ein durch das Institut erstelltes und von dem Minister für Ausbildung genehmigtes Ausbildungsprogramm zu Grunde.

§ 4 - Der vorliegende Erlass regelt die Bedingungen zur Anerkennung eines Meistervolontariatsvertrags.

Artikel 2 - Zulassungsbedingungen für Ausbildungsbetriebe

§ 1 - Der Ausbildungsbetrieb muss zur Ausbildung von Meistervolontären durch das Institut zugelassen werden. Die Zulassung erfolgt nach Prüfung der organisatorischen, personellen und technischen Voraussetzungen des Betriebes in Hinblick auf die Vermittlung der im Ausbildungsprogramm aufgeführten Kompetenzen.